



## Volksrepublik China: Ein Erfolgsmodell?

Dr. Stefan Friedrich

April 2015

### Zusammenfassung

---

Der vorliegende Beitrag erschien im „Jahrbuch Internationale Politik“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Unter dem Titel „Außenpolitik mit Autokratien“ wird darin aus verschiedenen Perspektiven untersucht, welche Prioritäten, Akzente und Ziele Deutschland im Rahmen seiner Außenpolitik mit ausgewählten autokratischen Regimen verfolgt. Die Aufgabe der Autoren war es dabei, sowohl die Innenpolitik als auch die Außenbeziehungen des jeweiligen Landes entsprechend einem detaillierten Fragenkatalog zu analysieren.

Darüber hinaus ging es darum, die Politik Deutschlands gegenüber den jeweiligen Staaten einer kritischen Bewertung zu unterziehen. Der Autor zeigt, dass sich die Beziehungen Deutschlands zur Volksrepublik China in den letzten 20 Jahren vor allem zwischen Wirtschaftsförderung und Betonung der Menschenrechte bewegte. Dabei argumentiert er, dass es für eine erfolgreiche Politik gegenüber Beijing wichtig ist, langfristig verlässlich und konsistent zu agieren. Darin erkennt er den Schlüsselfaktor für den Erfolg der deutschen Chinapolitik der vergangenen Jahre. Mit diesem „Merkel-Ansatz“ sei es selbst gegenüber China möglich, dass sich Menschenrechtspolitik mit erfolgreicher wirtschaftlicher und politischer Partnerschaft verbinden lasse.

### Das ISPSW

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

Die Volksrepublik China entwickelte sich infolge der internationalen Schulden- und Finanzkrise 2008 zum Hoffnungsträger für die gebeutelten Volkswirtschaften rund um den Globus. Gerade deutsche Politiker und Vertreter der Wirtschaft betonten immer wieder, dass die Bundesrepublik die Folgen der Krise unter anderem auch deshalb so gut überstand, weil sich Chinas Nachfrage nach deutschen Produkten positiv entwickelte. Dadurch konnten die Rückgänge in Europa und den USA zumindest in Teilen ausgeglichen werden. Parallel zu dieser Entwicklung haben beide Seiten auch die politischen Beziehungen stark ausgebaut. Im Oktober 2014 fanden in Berlin die mittlerweile dritten deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen statt – die ersten dieser Art, die China mit einem anderen Staat auf Ministerpräsidenten-Ebene pflegt. Diesem großen doppelten Plus stehen allerdings deutlich unterschiedliche Einschätzungen entgegen, besonders hinsichtlich Menschenrechtsfragen. Sie spielten in den bilateralen Beziehungen seit der blutigen Niederschlagung der friedlichen Protestbewegung von 1989 eine nicht zu unterschätzende Rolle für alle deutschen Regierungen.

### Veränderungen in Herrschaftsstruktur und der Legitimationsbasis der KP China

Seit Gründung der Volksrepublik China 1949 herrscht in Peking mittlerweile die fünfte Führungsgeneration. Mit dem Machtantritt von Xi Jinping als Generalsekretär der KP China (Herbst 2012) und als Staatspräsident (Frühjahr 2013) steht erneut ein sehr starker Führer im Zentrum des de-facto Einparteienregimes. Der zuvor vorhandene Trend hin zu einer kollektiven Führung scheint zumindest für den Moment gestoppt. Alle Fäden laufen bei Xi zusammen. Selbst Ministerpräsident Li Keqiang wird im Vergleich zu seinem Vorgänger, Wen Jiabao, national und international als deutlich schwächer eingeschätzt. Und der großangelegte Kampf gegen die Korruption in der KP, der auch ehemalige Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros trifft, hat Xi Jinping im Volk populär gemacht.

Aber die Zeiten der totalitären Herrschaft eines Mao Zedongs gehören der Vergangenheit an. Mao konnte aufgrund seiner Rolle im chinesischen Bürgerkrieg und bei der Gründung der Volksrepublik eine umfassende Machtfülle erreichen. Dies war bei Deng Xiaoping noch in abgeschwächter Form der Fall. Während die beiden nachfolgenden Führungspersönlichkeiten direkt von Deng ausgewählt wurden, war der Auswahl des aktuellen KP-Chefs ein sehr langwieriger Abwägungsprozess innerhalb der Führungselite vorausgegangen. China ist nach wie vor ein autoritäres Regime, aber es gibt innerhalb der KPCh und in der chinesischen Gesellschaft mittlerweile sehr viele Strömungen, die Gewicht haben und die in wichtigen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden müssen. Aus diesem Grunde wird das politische System Chinas als „fragmentierter Autoritarismus“ gekennzeichnet.<sup>1</sup>

### Wirtschaftliche Entwicklung

Grundlegend für die Legitimität der Herrschaft der KP ist seit den 1990er Jahren die Entwicklung der Wirtschaft und die damit verbundene Verbesserung der Lebensverhältnisse für Mio. von Chinesen. Beobachter sprechen davon, dass die chinesische Führung nach dem 4. Juni 1989 mit der eigenen Bevölkerung eine Art „Gesellschaftsvertrag“ geschlossen habe.<sup>2</sup> Im Kern läuft dieser darauf hinaus, dass die Führung dem Volk im wirtschaftlichen Bereich enorme Freiräume gewährt, solange der Machtanspruch der KP China selbst nicht in

<sup>1</sup> David Lampton, How China Is Ruled, in: Foreign Affairs, Januar/Februar 2014, S. 79.

<sup>2</sup> Volker Stanzel, Die Kommunistische Partei und ihr historischer Erfolg: Chinas prekärer Gesellschaftsvertrag, in: MERICS China Comment, <[http://www.merics.org/fileadmin/templates/download/aktuelles/140530\\_Stanzel\\_Chinas\\_prekaerer\\_Gesellschaftsvertrag.pdf](http://www.merics.org/fileadmin/templates/download/aktuelles/140530_Stanzel_Chinas_prekaerer_Gesellschaftsvertrag.pdf)> (abgerufen am 24.10.2014).



Frage gestellt wird. Dieses Arrangement hat der Volksrepublik über zwei Jahrzehnte eine beispiellose Phase ununterbrochenen Wachstums beschert. In den 1990er und 2000er Jahren lagen die Wachstumsraten meist im zweistelligen Bereich – eine Entwicklung, die China zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt hinter den USA aufsteigen ließ. Getragen wurde dieser Erfolg vor allem von einem starken Export. Im Jahre 2009 konnte China erstmals die Bundesrepublik als „Exportweltmeister“ ablösen.

Im Zuge der seit 2008 anhaltenden globalen Finanz- und Wirtschaftskrise musste China massive Auftragsrückgänge aus Europa und den USA bewältigen. Diesen negativen Entwicklungen begegnete die chinesische Führung mit einem umfassenden Investitionsprogramm von knapp 390 Milliarden Euro. Ein Programm, von dem auch die deutsche Exportwirtschaft profitieren konnte.<sup>3</sup>

Auch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf stieg enorm an: alleine zwischen 2000 und 2013 von 946 auf 6078 US-Dollar.<sup>4</sup> Gleichzeitig ist jedoch bemerkenswert, dass die Unterschiede zwischen Stadt- und Landbevölkerung und zwischen Arm und Reich in China deutlich zugenommen haben. In den Städten ist eine Mittelschicht entstanden, der Schätzungen zufolge zwischen 300 und 500 Mio. Menschen angehören. Aber auch die Zahl derer, die in absoluter Armut leben, konnte zwischen 1981 und 2010 um 680 Mio. Menschen reduziert werden. Damit ist China verantwortlich für ca. 75 Prozent der globalen Armutsreduktion.<sup>5</sup>

### **Gesellschaftliche Entwicklung**

Auch wenn alle chinesischen Führungen seit Jiang Zemin (1989-2002) sehr deutlich gemacht haben, dass politische Reformen nicht auf der Agenda stehen, haben sich die Freiräume der meisten Chinesen in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich vergrößert. Mehr als eine halbe Milliarde Menschen in China nutzen mittlerweile das Internet, und mehr als die Hälfte davon sind in sozialen Netzwerken aktiv. Allerdings sind hier die Grenzen, die der Staat im Zuge des „Gesellschaftsvertrags“ gezogen hat, besonders eng. Ein ganzes Heer von Spezialisten kontrolliert die Internetnutzung. Gleichzeitig werden alle technischen Möglichkeiten genutzt, um die eigene Bevölkerung vor bestimmten Inhalten zu „schützen“. Dies war 2014 besonders deutlich um den 25. Jahrestag von „Tiananmen“ zu beobachten. Alle Suchanfragen im Internet, die innerhalb der „großen Chinesischen Mauer“ gemacht wurden und nur im Entferntesten etwas mit diesen Ereignissen zu tun hatten, resultierten regelmäßig in Programmabstürzen. Selbstverständlich gibt es auch Möglichkeiten, diese „Mauer“ zu umgehen, jedoch sind dafür mehr als nur Grundkenntnisse notwendig. Darüber hinaus klagen Wirtschaftsvertreter, dass die Übertragungsraten bei Zugängen über IP-Server im Ausland vielfach stark verlangsamt sind.

Die Zahl der Studierenden in China hat in den vergangenen 20 Jahren enorm zugenommen. Gab es Ende der 1990er Jahre nur ca. drei Mio. Studenten, so sind derzeit mehr als 31 Mio. Studierende an chinesischen Hochschulen eingeschrieben.<sup>6</sup> Hintergrund dieser Zunahme ist eine Entwicklung, die als Übergang zur „mass higher education“ bezeichnet wird. Knapp 400 000 Chinesen – oder 1,3 Prozent aller Studenten – studieren im Ausland. Dabei sind die beliebtesten Zielländer die USA, Japan und Australien.<sup>7</sup>

<sup>3</sup> Das Konjunkturpaket in Höhe von 4000 Mrd. RMB wurde im November 2008 bekanntgegeben. Vgl. Konjunkturprogramme weltweit – Chancen in der Krise: VR China, in: Germany Trade & Invest, 21.5.2010, <[http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/\\_SharedDocs/Pdf/Maerkte/Konjunkturprogramme/china.pdf](http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/_SharedDocs/Pdf/Maerkte/Konjunkturprogramme/china.pdf)> (abgerufen am 24.10.2014).

<sup>4</sup> Statistisches Bundesamt, China. Statistische Länderprofile Ausgabe 2014, S. 2.

<sup>5</sup> Vgl. Not Always with Us, in: The Economist, 1.6.2013, <<http://www.economist.com/news/briefing/21578643-world-has-astonishing-chance-take-billion-people-out-extreme-poverty-2030-not>> (abgerufen am 24.10.2014).

<sup>6</sup> Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Bildungsmarkt-Informationen, <[https://www.daad.de/medien/bma\\_china.pdf](https://www.daad.de/medien/bma_china.pdf)> (abgerufen am 24.10.2014).

<sup>7</sup> Ebd.



Eine regierungskritische Berichterstattung innerhalb des Landes ist, wenn überhaupt, nur bei Nischenthemen oder im Bereich anerkannter Korridore existent. Selbst ausländische Journalisten sehen sich Repressalien ausgesetzt. So waren die Internetseiten der *New York Times* und von *Bloomberg* in China nach den Veröffentlichungen über die Reichtümer, die Mitglieder der Familie des damaligen Ministerpräsidenten Wen Jiabao bzw. der des kommenden starken Mannes Xi Jinping angehäuften, zeitweise nicht zugänglich.<sup>8</sup> Darüber hinaus zögerten die chinesischen Behörden die Verlängerung der Visa für die Mitarbeiter beider Medienhäuser bis zum allerletzten Moment hinaus. Auch deutsche Medien waren immer wieder von solchen Entwicklungen betroffen, zum Beispiel *DIE ZEIT* (nach einem Interview mit dem Dalai Lama im Sommer 2013), das ARD-Fernsehen und die *Süddeutsche Zeitung* (nach den China Offshore-Leaks Berichten).<sup>9</sup>

Die Rolle des Militärs in China ist im Vergleich zu anderen Autokratien bemerkenswert. Schon seit den Tagen von Mao Zedong untersteht das Militär der direkten Führung durch die Partei. Die überragenden Führungspersönlichkeiten haben dabei stets darauf geachtet, dass sie den Vorsitz der Zentralen Militärkommission (ZMK) innehatten. Im Verlauf des Übergangs von einer Führungsgeneration auf die nächste reklamierte der Vorgänger diesen Vorsitz zumindest noch für eine bestimmte Übergangsfrist. Für viele Beobachter war es deshalb überraschend, dass Xi Jinping fast unmittelbar nach seiner Ernennung zum Generalsekretär der KP China im Herbst 2012 auch das Amt des Vorsitzenden der ZMK übernahm. Dies galt als frühes Signal, dass Xi seine Machtstellung in der KP ungewöhnlich schnell und umfassend konsolidierte. Regelmäßig wird das offizielle Verteidigungsbudget mit zweistelligen Wachstumsraten bedacht. Allein 2013 wurden die offiziellen Rüstungsausgaben um 10,7 Prozent auf ca. 91,3 Milliarden Euro erhöht. Dabei ist es bemerkenswert, dass das Verteidigungsbudget erneut geringer ausfiel als die Ausgaben für die innere Sicherheit des Staates, die mit 97,5 Milliarden Euro veranschlagt wurden.<sup>10</sup>

### Herausforderungen für die Stabilität

In den vergangenen Jahren wurde die Volksrepublik punktuell immer wieder von terroristischen Anschlägen getroffen. Bei einem Anschlag am 1. März 2014 in Kunming kamen 33 Menschen ums Leben. Ähnlich wie bei dem Anschlag in Urumqi im Juli 2009 macht die chinesische Seite uigurische Separatisten für die Taten verantwortlich.<sup>11</sup>

Um die vielfältigen Herausforderungen des Landes bewältigen zu können, war und ist die hohe Dynamik der chinesischen Wirtschaft notwendig. Jährlich strömen mehr als acht Mio. Absolventen der zahlreichen Universitäten auf den Arbeitsmarkt. Diese können nur integriert werden, wenn ein bestimmtes Mindestwachstum aufrechterhalten bleibt. Lange Zeit ging man von einem notwendigen Mindestwachstum des BIP von 8 Prozent aus. Seit 2012 und 2013 „nur noch“ 7,7 Prozent erzielt wurden und für 2014 ein Wachstum des BIP

<sup>8</sup> Vgl. David Barboza, Billions in Hidden Riches for Family of Chinese Leader, in: *New York Times* (NYT), 25.10.2012, <<http://www.nytimes.com/2012/10/26/business/global/family-of-wen-jiabao-holds-a-hidden-fortune-in-china.html>> und <<http://www.bloomberg.com/news/2012-06-29/xi-jinping-millionaire-relations-reveal-fortunes-of-elite.html>> (abgerufen am 24.10.2014).

<sup>9</sup> Vgl. Alle Berichte und Inhalte über ‚China Offshore-Leaks‘ dringend zensieren und löschen, in: Wikinews, 24.1.2014, <[http://de.wikinews.org/wiki/%E2%80%9EAlle\\_Berichte\\_und\\_Inhalte\\_%C3%BCber\\_%E2%80%9AChina\\_Offshore-Leaks%E2%80%98\\_dringend\\_zensieren\\_und\\_l%C3%B6schen.%E2%80%9C](http://de.wikinews.org/wiki/%E2%80%9EAlle_Berichte_und_Inhalte_%C3%BCber_%E2%80%9AChina_Offshore-Leaks%E2%80%98_dringend_zensieren_und_l%C3%B6schen.%E2%80%9C)> (abgerufen am 24.10.2014).

<sup>10</sup> Nele Noesselt, Saskia Hieber, Größer, stärker, global? Chinas Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Führungswechsel, in: GIGA Focus, Nr. 5/2013; Aufrüstung in Fernost: China schraubt Militärausgaben hoch, in: *Der Spiegel*, 5.3.2013, <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/volkskongress-china-erhoehrt-ausgaben-fuer-militaer-drastisch-a-886873.html>> (abgerufen am 24.10.2014).

<sup>11</sup> Johnny Erling, Terrorismus macht vor Chinas Grenzen nicht halt, in: *Die Welt*, 6.3.2014, <<http://www.welt.de/politik/ausland/article125522178/Terrorismus-macht-vor-Chinas-Grenzen-nicht-halt.html>> 24.10.2014> (abgerufen am 24.10.2014).



von 7,5 Prozent vorhergesagt wird, macht in Peking der Begriff der „xin changtai“ die Runde. Dies bedeute, dass sich das Land am Wendepunkt zu einer „neuen Normalität“ befindet, innerhalb derer man sich an geringere Wachstumszahlen gewöhnen müsse.<sup>12</sup> Letztlich mag die chinesische Führung über die niedrigeren Wachstumszahlen sogar erfreut sein. Denn im Kontext des kontinuierlichen Hochwachstums war immer wieder die Gefahr einer drohenden Überhitzung der chinesischen Wirtschaft beschworen worden.

Langfristig wird auch die rückläufige demografische Entwicklung in China Einfluss auf die chinesische Wirtschaftsentwicklung haben. Derzeit gibt es zwar noch ein geringes Bevölkerungswachstum von 0,5 Prozent, letztlich wird aber der Anteil der älteren Menschen in den nächsten Jahren deutlich zunehmen. Auf eine kurze Formel gebracht, bedeutet dies: China wird alt, bevor es reich geworden ist.

Auch wird das derzeitige Wachstum in China sehr teuer bezahlt. Die Umweltbelastung ist zu einem der größten Probleme des Landes geworden. Allein die Luftverschmutzung erreicht häufig das Vielfache der Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation – und das nicht nur in den großen Metropolen oder Industriezentren. Dies wird von der Bevölkerung zunehmend beklagt. Das zeigt sich nicht zuletzt an der Vielzahl der Proteste im Land.<sup>13</sup>

Die größte Gefahr für die Stabilität in China geht jedoch von der grassierenden Korruption im Lande aus. Damit lässt sich auch die großangelegte Antikorruptions-Kampagne erklären, die Xi Jinping angeregt hat. Dabei ist nicht die Tatsache so überraschend, dass der neue starke Mann eine solche Kampagne durchführt – dies war nach den vorangegangenen Generationswechseln genauso. Der große Unterschied besteht darin, dass Xi Jinping bestimmte Grenzen, die zuvor sakrosankt waren, durchbrach. So lässt Xi auch sogenannte „Tiger“ wie den ehemaligen Sicherheitschef Zhou Yongkang, ein früheres Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, verfolgen.<sup>14</sup> Gerade dieser Tabubruch hat Xi ungeheure Anerkennung in der Bevölkerung eingebracht. Dennoch verstummen nicht diejenigen, die herausstellen, dass auch die Antikorruptions-Kampagne Xis in erster Linie dazu dienen soll, unliebsame Konkurrenten aus dem Weg zu räumen. Sollte sich herausstellen, dass doch nicht alle „Sünder“ gleich sind, sondern vor allem politische Konkurrenten im Fadenkreuz stehen, dann könnte sich zum einen das positive Bild Xis in der Bevölkerung wandeln. Zum anderen wäre dann damit zu rechnen, dass es auch aus dem Apparat selbst Widerstand gegen diese Politik geben wird.

Bislang kommt offene Kritik eher aus anderer Richtung. Die Proteste vom Spätsommer 2014 in Hongkong richteten sich gegen die von Peking geplante Wahlrechtsreform. Angesichts der Vielzahl von Herausforderungen haben sie für die chinesische Führung eine besondere Brisanz. Auf der einen Seite will man nicht zulassen, dass in Hongkong eine echte Demokratie auf chinesischem Territorium entsteht – mit allen möglichen Folgen, die ein solches Signal möglicherweise auch für die Volksrepublik selbst haben könnte. Zum anderen will man eine gewaltsame Lösung vermeiden. Sie könnte vehemente Reaktionen der internationalen Staatengemeinschaft nach sich ziehen und würde die Hoffnungen auf eine Lösung der Taiwan-Frage im Sinne des Hongkonger Modells – ein Staat, zwei Systeme – beeinträchtigen.

<sup>12</sup> Stefanie Schmitt, gtai – Wirtschaftstrends VR China – Jahresmitte 2014, 7.7.2014, S. 4.

<sup>13</sup> Zhu Yi, Wachsendes Rechtsbewusstsein ohne Scheu vor Konflikten: Chinas Bürger fordern Abwehrrechte gegenüber staatlichen Eingriffen ein, in: Merics China Monitor Nr. 16, 29.8.2014, <[http://www.merics.org/fileadmin/templates/download/china-monitor/China\\_Monitor\\_No\\_16.pdf](http://www.merics.org/fileadmin/templates/download/china-monitor/China_Monitor_No_16.pdf)> (abgerufen am 24.10.2014); Hou Liqiang, Report Identifies Sources of Mass Protests, in: China Daily, 4.9.2014, <[http://www.chinadaily.com.cn/china/2014-04/09/content\\_17415767.htm](http://www.chinadaily.com.cn/china/2014-04/09/content_17415767.htm)> (abgerufen am 24.10.2014).

<sup>14</sup> Shai Oster, President Xi's Anti-Corruption Campaign Biggest Since Mao, in: Bloomberg.com, 4.3.2014, <<http://www.bloomberg.com/news/2014-03-03/china-s-xi-broadens-graft-crackdown-to-boost-influence.html>> (abgerufen am 24.10.2014).



## Die Rolle Chinas in der Welt

Bereits mit dem Einzug in die Vereinten Nationen 1971 und der damit verbundenen Position als Ständigem Mitglied des UN-Sicherheitsrats mit Vetorecht erlangte die Volksrepublik China zumindest partiell den Status einer Großmacht. Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte ist es Peking gelungen, diese Position mit wirtschaftlichem und zusätzlichem politischem Gewicht anzureichern. In den vergangenen Jahren wurde in diesem Zusammenhang sogar die These von einer entstehenden G2 – USA und China – diskutiert. Dies wird von chinesischer Seite zwar stets zurückgewiesen. Dass Peking allerdings anstrebt, langfristig eine sehr zentrale Rolle in der Welt zu spielen, wird nicht bestritten. Nur ob dies als „responsible stakeholder“ im westlichen Sinne oder nur entsprechend eng gezogener eigener Interessen und Prinzipien erfolgen wird, ist offen.

Auf jeden Fall engagiert sich China mittlerweile sehr massiv in UN-Friedensmissionen. Peking hatte 1992 damit begonnen, Soldaten für UN-Friedensmissionen bereitzustellen. Mitte 2014 belief sich deren Zahl auf 2192.<sup>15</sup> Dabei wurde im September 2014 auch erstmals ein bewaffneter Einsatz genehmigt; China kam damit einer Anfrage der UN zur Befriedung der Situation im Südsudan nach.<sup>16</sup> Auch beim Schutz der internationalen Seefahrtswege ist China gemeinsam mit anderen Staaten engagiert. So unterstützen chinesische Verbände die internationale Operation Atalanta zur Pirateriebekämpfung vor der Küste Somalias.<sup>17</sup>

Auch in der multilateralen Gipfeldiplomatie hat sich die Volksrepublik zu einem immer wichtigeren Player entwickelt. Sei dies innerhalb der G20, der APEC, bei dem ASEM-Treffen oder den ASEAN plus 3. China spielt dort meist eine zentrale Rolle. Darüber hinaus bemüht sich China, zu einzelnen Regionen der Welt neue gefestigte Beziehungen aufzubauen. Im Juli 2012 fand bereits das fünfte – alle drei Jahre organisierte – Forum on China-Africa Cooperation (FOCAC) statt. Die Tatsache, dass daran fast alle afrikanischen Staats- und Regierungschefs teilnahmen, zeigt die Attraktivität, die diesem Forum auch von afrikanischer Seite beigemessen wird.<sup>18</sup>

Eine besondere Rolle spielen die sogenannten BRICS-Staaten. Hier wird die von einzelnen Beobachtern identifizierte Schattenußenpolitik der VR China sehr deutlich. Man versuche über die Stärkung dieses Zusammenschlusses das traditionelle internationale Gefüge zu verändern.<sup>19</sup>

Diesem Ziel kann auch die Weiterentwicklung der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) dienen, die von westlichen Beobachtern mitunter als Gegen-NATO bezeichnet wird. Dies ist vermutlich zu viel der Ehre für diese Organisation. Aber die Tatsache, dass sie ihre Mitgliederzahl und vor allem die Zahl der Beobachter (inkl. Iran seit 2005) deutlich erhöht hat, erregt im Westen großes Aufsehen.<sup>20</sup>

<sup>15</sup> Zum Vergleich: Großbritannien: 285; USA: 113; Russland: 92; Deutschland: 204. Vgl. Vereinte Nationen, Troop and Police Contributors, <<http://www.un.org/en/peacekeeping/resources/statistics/contributors.shtml>> (abgerufen am 24.10.2014).

<sup>16</sup> Johnny Erling, Chinas Soldaten sollen Ölfelder in Afrika schützen, in: Die Welt, 26.9.2014, <<http://www.welt.de/politik/ausland/article132667329/Chinas-Soldaten-sollen-Oelfelder-in-Afrika-schuetzen.html>> (abgerufen am 24.10.2014).

<sup>17</sup> Vgl. EU Naval Force and Chinese Navy Ships Meet at Sea in the Gulf of Aden, in: eunavfor.eu, 24.9.2014, <<http://eunavfor.eu/eu-naval-force-and-chinese-navy-ships-meet-at-sea-in-the-gulf-of-aden-2/>> (abgerufen am 19.10.2014); Mission, in: eunavfor.eu, <<http://eunavfor.eu/mission/>> (abgerufen am 24.10.2014).

<sup>18</sup> Sebastian Fuchs, China, Indien und Brasilien als Akteure in Afrika, in: KAS-Auslandsinformationen Nr. 1/2, 2013, S. 6-29, hier S. 22.

<sup>19</sup> Moritz Rudolf, Mikko Huotari, Johannes Buckow, Chinas Schatten-Außenpolitik: Parallelstrukturen fordern die internationale Ordnung heraus, in: Merics China Monitor Nr. 18, 23.9.2014, <[http://www.merics.org/fileadmin/templates/download/china-monitor/China\\_Monitor\\_No\\_18.pdf](http://www.merics.org/fileadmin/templates/download/china-monitor/China_Monitor_No_18.pdf)> (abgerufen am 24.10.2014).

<sup>20</sup> Shanghai Organisation Cooperation, <<http://www.sectso.org/>> (abgerufen am 24.10.2014); Kerstin Geppert, Die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit. Anti-NATO-Bündnis oder stabilisierender Faktor in Zentralasien?, in: KAS-Länderbericht,



In den vergangenen Jahren wuchs die Sorge ausländischer Beobachter, dass die Volksrepublik zunehmend dahin tendieren könne, noch offene Grenzfragen im Ostchinesischen Meer (mit Japan) und im Südchinesischen Meer (mit Vietnam und den Philippinen) offensiver anzugehen. So kam es im Streit mit Japan um die Diaoyu-/Senkaku-Inseln zu kleineren Zwischenfällen. Auch mit den Philippinen sind die Beziehungen seit einigen Jahren belastet, da Peking seinen Anspruch auf Gebiete im Südchinesischen Meer nicht wie von Manila gewünscht vor einem internationalen Schiedsgericht verhandelt sehen will.<sup>21</sup>

### **Deutschlands Beziehungen zur Volksrepublik China**

Es wird interessant sein, sich in einigen Jahren die heutigen Einschätzungen von Experten noch einmal anzusehen: Ein Blick zurück ins Jahr 2007 zeigt, wie aufschlussreich eine solche Betrachtung sein kann. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte gerade – an einem Sonntagnachmittag – den geistlichen Führer der Tibeter und Friedensnobelpreisträger, den Dalai Lama, zu einem einstündigen privaten Gedankenaustausch im Bundeskanzleramt getroffen. Führende China-Experten in Deutschland waren außer sich. Sie werteten dies als unverzeihlichen Fauxpas der Kanzlerin und sagten voraus, dass die Beziehungen zwischen beiden Ländern damit auf Jahre vergiftet sein würden. In der Tat erlebten die bilateralen Beziehungen aufgrund der Reaktionen Pekings auf dieses Treffen eine Phase deutlicher Abkühlung. Peking sagte eine Reihe von hochrangigen bilateralen Treffen ab. Aber spätestens seit 2009 kann von einem auf Jahre vergifteten Verhältnis keine Rede mehr sein. Die deutsch-chinesischen Beziehungen haben sich gerade unter Kanzlerin Merkel weiter intensiviert. Sie scheinen gefestigter, umfassender und stabiler zu sein als alle anderen Beziehungen europäischer Nachbarländer mit dem Reich der Mitte. Um dies zu erklären, soll hier kurz auf einige Besonderheiten der deutsch-chinesischen Beziehungen, der chinesischen Außenpolitik selbst, aber auch der China-Politik Angela Merkels eingegangen werden.

### **Deutsch-chinesische Beziehungen zwischen Wirtschaftsförderung und Menschenrechten**

Ohne die breite wirtschaftliche Grundlage wäre der Erfolg der deutschen China-Politik nicht denkbar. Hier liegt eine wichtige Kontinuität der bilateralen Beziehungen seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik Chinas Ende der 1970er Jahre. Das bilaterale Handelsvolumen erreichte 2013 140 Milliarden Euro, wobei die Volksrepublik bei deutschen Exporten (rund 67 Milliarden) an fünfter und bei den Importen (rund 73 Milliarden) sogar an zweiter Stelle stand.<sup>22</sup> Infolge der internationalen Schulden- und Finanzkrise hat Deutschland – genau wie viele andere westliche Staaten – von der guten Konjunktur in China und dem dortigen Investitionsprogramm sehr profitiert. Aber auch für China ist Deutschland ein extrem wichtiger Partner: als Absatzmarkt wie auch als Technologiepartner für den chinesischen Modernisierungsprozess.

Diese positive Entwicklung übertrug sich auch auf den Bereich der politischen Beziehungen. Diese wurden gerade in den letzten zehn Jahren weiter intensiviert und haben ein unvergleichlich hohes Niveau erreicht. Bereits 2004 vereinbarten Bundeskanzler Gerhard Schröder und Ministerpräsident Wen Jiabao eine „strategische Partnerschaft in globaler Verantwortung“. Die erstmals 2011 durchgeführten Regierungskonsultationen auf Ebene der Regierungschefs sind ein weiteres eindruckliches Beispiel. Hinzu kommen die sehr breit gefä-

---

Januar 2010, <[http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_18687-1522-1-30.pdf?100126092225](http://www.kas.de/wf/doc/kas_18687-1522-1-30.pdf?100126092225)> (abgerufen am 24.10.2014).

<sup>21</sup> Nadine Godehardt, Alexandra Sakaki, Gudrun Wacker, Sino-japanischer Inselstreit und europäische Beiträge zur Deeskalation, in: Volker Perthes, Barbara Lippert (Hrsg.), Ungeplant bleibt der Normalfall. Acht Situationen, die politische Aufmerksamkeit verdienen, SWP-Studie, Sept. 2013, S. 24-28, <[http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013\\_S16\\_prt\\_lpt.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013_S16_prt_lpt.pdf)> (abgerufen am 24.10.2014); Gerhard Will, Tough Crossing: Europa und die Konflikte in der Südchinesischen See, SWP-Studie, Juni 2014, <[http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2014\\_S10\\_wll.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2014_S10_wll.pdf)> (abgerufen am 24.10.2014).



cherten Dialogmechanismen.

Ein zentraler Bestandteil der Dialogmechanismen ist der Rechtsstaatsdialog. Dieser ist eine direkte Folge der Niederschlagung der studentischen Protestbewegung in China im Jahr 1989 („Tiananmen“). Die damals ausgesprochenen Sanktionen des Westens hatten dabei einen vorübergehenden negativen Einfluss auf die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Bis auf das nach wie vor gültige Waffenembargo wurden diese nach wenigen Jahren aufgehoben. Viel entscheidender ist die Tatsache, dass sich dieses Ereignis tief in das Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit eingegraben hat, nicht zuletzt, da im Zuge der ostdeutschen Protestbewegung im Herbst 1989 die Sorge formuliert worden war, Ostberlin könnte einer „chinesischen Lösung“ zuneigen. Gemeint war der Einsatz von Waffengewalt gegen friedliche Demonstranten. Dies war glücklicherweise nicht der Fall.

Der Schatten von „Tiananmen“ prägt nachhaltig die bilateralen Beziehungen. Bis heute wird die deutsche Berichterstattung dazu quasi reflexartig mit der neuen Gretchenfrage verbunden: „Wie haltet ihr es mit den Menschenrechten?“ Auch wenn dieses Thema bereits vor 1989 in der deutschen Öffentlichkeit durchaus diskutiert wurde – herausragendes Beispiel war eine Bundestagsresolution zur chinesischen Tibet-Politik im Oktober 1987 – so waren es letztlich die Ereignisse um den 4. Juni 1989, die es bundesdeutschen Politikern nachgerade unmöglich machten, im Umgang mit der Volksrepublik das Thema Menschenrechte auszusparen.

Helmut Kohl, der die Bedeutung Chinas für die deutsche Wirtschaft schon früh erkannt hatte, war nach den Tiananmen-Ereignissen von 1989 darum bemüht, die Beziehungen möglichst schnell wieder zu normalisieren. Dabei musste er auf die öffentliche Meinung in Deutschland Rücksicht nehmen. Um dieses Ziel zu erreichen, machte sich Kohl die Situation zunutze, dass nicht allein die chinesische Wirtschaft Anfang der 1990er Jahre an Fahrt gewann, sondern ein asiatisch-pazifisches Jahrhundert prognostiziert wurde. In diesem Kontext veröffentlichte die Bundesregierung 1993 eine Asien-Strategie, in deren Zentrum die Volksrepublik stand und in der auch die Frage der Menschenrechte angesprochen wurde. Damit war der Tenor für die nächsten Jahre gesetzt: Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen bei gleichzeitiger Thematisierung von Menschenrechtsfragen. Auch unter Kanzler Gerhard Schröder sollten die Wirtschaftsbeziehungen mit China weiter ausgebaut werden.

Um gleichzeitig das Thema Menschenrechte nicht zu vernachlässigen, vereinbarte Schröder bereits 1999 die Einrichtung eines breit angelegten bilateralen Rechtsstaatsdialogs. Dieser umfasst neben den jährlichen Symposien auf Ebene der Justizminister beider Länder eine Vielzahl von Aktivitäten. Auf deutscher Seite waren daran phasenweise mehr als 40 Institutionen beteiligt – von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (giz) über NGOs, die politischen Stiftungen bis hin zu einzelnen Rechtsfakultäten an Universitäten. Vielfach wurde der Regierung Schröder vorgeworfen, sich mit der Einrichtung des Rechtsstaatsdialogs auf geschickte Weise der öffentlichen Auseinandersetzung über menschenrechtliche Fragen entziehen zu wollen. Das mag eine Motivation gewesen sein, die Kritik greift aber zu kurz, wenn über dieses Instrumentarium konkrete Verbesserungen in der Menschenrechtspraxis im Partnerland angestoßen werden. Dieser Ansatz wurde auch unter Bundeskanzlerin Merkel nahtlos fortgesetzt. Einer der führenden China-Wissenschaftler in Deutschland schreibt dazu: „Mit dem Rechtsstaatsdialog und dessen flankierenden Kooperationsprogrammen verfügt Deutschland über Zugangspunkte in China, die kein anderes europäisches Land in dieser Bandbreite in Anspruch nehmen kann.“<sup>23</sup>

<sup>22</sup> Statistisches Bundesamt, Außenhandel 2013, 19.9.2014.

<sup>23</sup> Sebastian Heilmann, Deutsche China-Politik in Europa führend, 30.4.2014, in: Review 2014, <<http://www.review2014.de/de/ausssensicht/show/article/deutsche-China-Politik-in-europa-fuehrend.html>> (abgerufen am



Auch die chinesische Seite erkennt die Einzigartigkeit dieses Instrumentariums an. Der chinesische Botschafter bezeichnete den Rechtsstaatsdialog gar als „Star‘ unter unseren Dialogformaten“. <sup>24</sup> In jüngster Zeit gibt es aber auch Stimmen unter offiziellen deutschen Teilnehmern, die jenseits der Bereitschaft zu reden mehr konkrete Ergebnisse von chinesischer Seite erwarten.

### ***Tabus und Sanktionierungen in der chinesischen Außenpolitik***

Der Umgang mit China hat noch eine weitere Besonderheit. Es gibt Tabus, die von Peking gesetzt werden, und deren Nichtbeachtung zu Sanktionierungen führen kann. Sie betreffen in erster Linie die Taiwan- und die Tibet-Frage, aber auch offene Kritik an China auf internationalen Foren wurde durch Peking in der Vergangenheit immer wieder mit Sanktionen belegt.

In den vergangenen 20 Jahren gab es zwei größere Krisen in den deutsch-chinesischen Beziehungen, die auf eine Nichtbeachtung von durch die chinesische Seite gesetzten Tabus zurückzuführen waren. 1996 war es der damalige deutsche Außenminister Klaus Kinkel, der im Rahmen der Jahrestagung der UN-Menschenrechtskommission in Genf deutliche Kritik an China geübt hatte. Als Folge wurde ein länger geplanter Besuch Kinkels in der Volksrepublik von Peking kurzfristig abgesagt. Und die Bestrebungen des Deutschen Bundestags, eine Tibet-Resolution zu verabschieden, führten zur Verweigerung der Reise des Unterausschusses für Menschenrechte im selben Jahr. Auch 2007 kam es zum Bruch eines von China gesetzten Tabus: Im September, kurz nach ihrem sehr erfolgreichen Besuch in der Volksrepublik, empfing die Bundeskanzlerin den geistlichen Führer der Tibeter, den Dalai Lama. Dieses von deutscher Seite als privat bezeichnete Treffen an einem Sonntagnachmittag wurde von China heftig kritisiert. Besonders der Umstand, dass sie den Dalai Lama im Bundeskanzleramt empfing, wurde als Affront gewertet. Als Reaktion setzte China alle hochrangigen bilateralen Treffen zunächst aus.

In beiden Fällen haben sich die Wogen nach einiger Zeit und mit Hilfe umfassender diplomatischer Bemühungen wieder glätten lassen. Ende 1996 konnte der Staatsbesuch von Roman Herzog in China einige Monate später – wie geplant – stattfinden. Infolge der Verstimmungen von 2007 kam es vor der Normalisierung jedoch zum Austausch einer diplomatischen Note zwischen dem vom Koalitionspartner, der SPD, geführten Auswärtigen Amt und dem chinesischen Außenministerium, die bis heute nicht öffentlich gemacht wurde. Es heißt, dass darin die Bundesrepublik schriftlich bestätigt habe, dass Taiwan ein unverbrüchlicher Teil Chinas sei. Dass dies von chinesischer Seite als ausreichendes Zugeständnis von Berlin angesehen wurde, ist allerdings insofern überraschend, da Deutschland in dieser Frage weder 2007 noch irgendwann zuvor Zweifel an seiner Position hatte aufkommen lassen.

Aber auch nichtstaatliche Organisationen können durch den Bruch von Tabus in Schwierigkeiten geraten. So musste die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) ihr Büro in Peking Ende 1996 schließen. Hintergrund waren nicht Aktivitäten der Stiftung in China, sondern die Durchführung einer hochrangig besetzten Tibet-Konferenz der FNS in Bonn. Da die Stiftung dem chinesischen Drängen, die Veranstaltung abzusagen, nicht entsprechen wollte, musste die FNS ihr Büro in Peking schließen.

Von derartigen Sanktionierungen ist allerdings nicht nur Deutschland betroffen. Auch Großbritannien und Frankreich sahen sich derartigen Reaktionen Pekings ausgesetzt. So führte ein Treffen von Premier David Cameron mit dem Dalai Lama im Mai 2012 zu massiven Verstimmungen, die London nur mit Mühe reparieren

---

24.10.2014).

<sup>24</sup> Botschafter Shi Mingde am 1.9.2014 in Leipzig zur Eröffnung des 14. chinesisch-deutschen Rechtsstaatsdialogs-Symposium, in: <<http://www.china-botschaft.de/det/sgyw/t1188049.htm>> (abgerufen am 24.10.2014).



konnte.<sup>25</sup> Bereits 2008 verzichtete Präsident Nicolas Sarkozy auf chinesischen Druck darauf, mit dem Oberhaupt der Tibeter zusammenzutreffen.<sup>26</sup> Und nach der Verleihung des Friedensnobelpreises 2010 an den chinesischen Bürgerrechtler Liu Xiaobo zeigte China der norwegischen Regierung, die mit der Vergabe des Preises nichts zu tun hat, die kalte Schulter.<sup>27</sup>

### *Der Merkel-Ansatz und der Blick auf die anderen*

Der aktuelle Erfolg der deutschen China-Politik hat viel mit den Grundkonstanten in den bilateralen Beziehungen zu tun. Beide Länder sind gerade in Wirtschaftsfragen füreinander sehr wichtig und profitieren, jedes auf seine Weise, enorm voneinander. Dennoch hat die Intensität der Beziehungen, wie sie sich gerade in den Jahren der Kanzlerschaft von Angela Merkel entwickelt hat, auch viel mit dem Auftreten der ersten ostdeutschen Kanzlerin zu tun. Kernpunkte sind hier Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit.

Peking reagiert sehr sensibel darauf, wenn Kritik an China aus einer überheblichen Haltung zu kommen scheint. Deshalb beobachtet man dort – durchaus nicht unbegründet – sehr genau, wie sich bestimmte Positionen gegenüber China im Gesamtkontext der Außenbeziehungen dieses Staates darstellen. Im Falle der neuen Kanzlerin Angela Merkel war dies genauso. So registrierte Peking sehr wohl, dass die Kanzlerin vor ihrem ersten Besuch in der Volksrepublik auch gegenüber den USA (Kritik an Guantánamo) und Russland (Zusammentreffen mit Vertretern der Zivilgesellschaft) kritische Töne angeschlagen hatte. Als die neue Kanzlerin dann auch bei ihrem Besuch in Peking die Situation der Menschenrechte ansprach, konnte dies von chinesischer Seite leichter akzeptiert werden. Denn das Signal an China war eindeutig: Wir kritisieren euch nicht, weil wir meinen, ihr seid schwach und mit euch können wir es machen, sondern wir behandeln euch wie die anderen auch, weil uns diese Punkte wichtig sind.

Präsident Sarkozy wurde 2008 demgegenüber eine solche überhebliche Haltung vorgeworfen. Im Vorfeld der Olympischen Spiele in Peking versuchte er die chinesische Regierung unter Druck zu setzen, indem er ins Gespräch brachte, gegebenenfalls seine Teilnahme an der Eröffnung der Spiele abzusagen. Dies ging Peking zu weit, sodass in chinesischen Zeitungen Internetumfragen zitiert wurden, nach denen die Chinesen auf die Teilnahme von Präsident Sarkozy gerne verzichteten.<sup>28</sup> Sarkozy nahm letztlich doch an der Eröffnungsfeier teil, das Image Frankreichs und seines Präsidenten hatte aber erheblich gelitten. Die angedeutete Ausladung des französischen Präsidenten war insofern besonders bemerkenswert, als dass China auf die Teilnahme möglichst vieler Staats- und Regierungschefs gesteigerten Wert legte.

Bundeskanzlerin Merkel, die sich sehr frühzeitig darauf festgelegt hatte, nicht an den Eröffnungsfeierlichkeiten teilzunehmen, wurde gerade dafür in Deutschland selbst vehement kritisiert. Die Bundeskanzlerin blieb aber bei ihrer Haltung, obwohl sie in der Folge der Abkühlung der Beziehungen nach dem Empfang des Dalai Lama unter besonderem Druck gestanden hatte. Sie begründete dies jedoch nicht mit Kritik an China, sondern damit, dass deutsche Regierungschefs auch sonst nicht an Eröffnungsfeierlichkeiten für Olympische Spiele teilgenommen hatten.

<sup>25</sup> Jochen Buchsteiner, Dalai Lama war gestern, in: faz.net, 17.10.2013, <<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wie-london-china-umwirbt-dalai-lama-war-gestern-12617673.html>> (abgerufen am 24.10.2014).

<sup>26</sup> Michaela Wiegel, Sarkozys diplomatischer Kniefall vor Peking, in: faz.net, 12.8.2008, <<http://www.faz.net/aktuell/politik/china-spezial/tibet/dalai-lama-in-paris-sarkozys-diplomatischer-kniefall-vor-pekung-1679295.html>> (abgerufen am 24.10.2014).

<sup>27</sup> Friedensnobelpreis an Liu Xiaobo: China lädt norwegische Ministerin aus, in: Spiegel Online, 10.10.2010, <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/friedensnobelpreis-an-liu-xiaobo-china-laedt-norwegische-ministerin-aus-a-722418.html>> (abgerufen am 24.10.2014).

<sup>28</sup> Sarkozy ist bei Olympia „nicht willkommen“, in Welt.de, 3.7.2008, <<http://www.welt.de/politik/article2174053/Sarkozy-ist-bei-Olympia-nicht-willkommen.html>> (abgerufen am 24.10.2014).



Angela Merkel reist regelmäßig ins Reich der Mitte. Genau wie ihr Vorgänger Gerhard Schröder setzte sie sich zum Ziel, die Volksrepublik mindestens einmal jährlich zu besuchen. Dies ist ihr mit mittlerweile sieben Visiten in neun Jahren Kanzlerschaft auch weitgehend gelungen. Ein besonders enges Verhältnis entwickelte sich zum langjährigen Ministerpräsidenten Chinas, Wen Jiabao (2003-2013). Diesen traf sie, entgegen der Gepflogenheiten des chinesischen Protokolls, auch am Rande ihres China-Besuchs 2014.

### Fazit

Unter den autokratischen Regimen der Welt stellt China sicherlich für jede deutsche, aber auch für viele andere Regierungen weltweit eine besondere Herausforderung dar. China hat sich im Zuge seiner enorm gewachsenen Wirtschaftskraft in den vergangenen 20 Jahren zu einem zentralen Akteur der Weltpolitik entwickelt. Global Governance ist ohne Einbindung der Volksrepublik kaum mehr möglich. Gleichzeitig ist der Schatten von „Tiananmen“ zumindest in großen Teilen der westlichen und gerade der deutschen Öffentlichkeit noch nicht verschwunden. Darüber hinaus kennt China, wie kaum ein anderes Land, in seinen Außenbeziehungen Tabus und ist gewillt und imstande dazu, diese auch durchzusetzen.

Den Bundeskanzlern seit Helmut Kohl ist es gelungen, jeweils eine besondere Beziehung zur chinesischen Führung aufzubauen und damit die für beide Seiten wichtigen Wirtschaftsbeziehungen auf vielfältige Weise zu unterstützen. Das Thema Menschenrechte spielt dabei seit 1989 eine wichtige Rolle. Dies wird von chinesischer Seite akzeptiert, solange die zentralen Akteure des Partnerlands deutlich machen können, dass damit nicht kurzfristig „Politik“ nach dem Motto gemacht wird, mit „euch können wir es machen“.

Angela Merkel hat in ihrer neunjährigen Kanzlerschaft die Beziehungen zu Peking stark ausgebaut. Die Grundlage hierfür bildet nach wie vor die enge Wirtschaftspartnerschaft beider Länder, aber auch der gegenseitige Respekt. Dieser bedingt auch, dass sie Menschenrechtsthemen direkt ansprechen kann. Die Bundeskanzlerin erleichtert sich dies dadurch, dass sie die Menschenrechtsfrage nicht nur gegenüber China oder vermeintlich schwächeren Ländern thematisiert, sondern dass sie so auch gegenüber großen Partnern agiert. Die Führung in Peking beobachtet dies sehr genau.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Die Analyse erschien erstmalig in „Außenpolitik mit Autokratien“, DGAP-Jahrbuch Internationale Politik Band 30, Dezember 2014, Hrsg. v. Braml, Josef / Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard, Verlag De Gruyter Oldenbourg, ISBN: 978-3-11-034657-2.



## Über den Autor dieses Beitrags

---

Dr. Stefan Friedrich ist seit September 2012 Leiter des Teams Politikdialog und Analyse, dem Think Tank der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) für Fragen der internationalen Politik. Von März 2005 bis August 2012 war er Leiter des Teams Asien und Pazifik der KAS und von 2001 bis Anfang 2005 erster Leiter des KAS Büros in Shanghai. Zuvor war Dr. Friedrich als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Asienkunde in Hamburg tätig.

Dr. Friedrich ist Mitherausgeber des „Großen China-Lexikons“ (Primus-Verlag 2003). Als Sinologe und Politikwissenschaftler liegen seine Forschungsschwerpunkte vor allem auf dem Gebiet der chinesischen Außen- und Innenpolitik sowie allgemeinen Themen der Entwicklungen in Asien.



*Dr. Stefan Friedrich*